

jährlich einen Sockelbetrag von rund 100 Millionen Mark an die britische Regierung zu zahlen. Darüber hinaus will Bonn Rüstungsgüter nur noch bei Bedarf und von Fall zu Fall kaufen.

Die noch geheimgehaltene Übereinkunft, die erst bei dem offiziellen Besuch des britischen Premiers Edward Heath in der Bundeshauptstadt am 20. März in einem Notenwechsel veröffentlicht werden soll, bringt der sozialliberalen Regierung auch außenpolitische Vorteile. Sie kann damit den Wunsch der Amerikaner nach einem höheren deutschen Verteidigungsbeitrag erfüllen, ohne die Entspannungspolitik durch eine Verstärkung der Bundeswehr zu kompromittieren.

Überdies honorierte London die Bonner Zahlungsbereitschaft mit einer Gegenleistung. Großbritannien beteiligt sich nun doch an dem Nato-Programm, das den Ausbau des Nachrichtennetzes sowie besseren Schutz der Militärflughäfen für insgesamt 1,8 Milliarden Mark vorsieht und ebenfalls amerikanische Forderungen nach höherem Wehraufwand der Verbündeten befriedigen soll. Bonn ist mit über 600 Millionen Mark dabei.

Die Engländer, die zunächst ihre Mitarbeit an dem Programm strikt verweigert hatten, werden nun rund 300 Millionen Mark beisteuern, und Lord Carrington, britischer Verteidigungsminister, gab zu: „Die befriedigenden Ergebnisse der Devisen-Ausgleichsverhandlungen mit der Bundesrepublik haben uns diesen Beitrag ermöglicht.“ Ein AA-Experte sagte es deutlicher: „Unsere Zahlungen an die Engländer fließen um die Ecke in den Nato-Topf.“

Als nächste werden sich die Amerikaner aus Bonns offenem Portemonnaie bedienen. Die Bundesrepublik ist bereit, auch den USA künftig wieder direkte Zuwendungen aus dem Haus-

halt zu geben. Um die Höhe der Zuschüsse wird noch gefeilscht; amerikanische Forderungen, die bei 4,3 Milliarden Mark pro Jahr lagen, versuchten in Washington Verteidigungsstaatssekretär Ernst Wolf Mommmsen, AA-Ministerialdirektor Axel Herbst und Außenminister Walter Scheel herunterzuhandeln.

Die Bonner Besucher gaben zu erkennen, daß die Bundesrepublik bei amerikanischem Entgegenkommen bereit sei, Teile der umfangreichen strategischen Rohstoff-Vorräte Amerikas — etwa Öl und Erze — zu kaufen.

Am 10. März kommt Unterstaatssekretär Nathaniel Samuels zur Schlußverhandlung nach Bonn. Die Regierung will bis dahin erreichen, daß die Amerikaner wie die Briten ein Fünf-Jahres-Abkommen schließen. Damit, so hofft Bonn, wäre auch die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen US-Truppenstärke in Westdeutschland längerfristig fixiert.

Regierungssprecher Rüdiger Freiherr von Wechmar: „Wir sind die ständigen Diskussionen im US-Senat über Truppenreduzierung leid.“

## MINISTER

### GESUNDHEITSBERICHT

#### Zukunft im Alpengarten

Finanzminister Alex Möller atmete auf: „Endlich ein Reformbericht, der nicht versteckt mehr Geld fordert, als eingeplant ist.“ Doch der Kassenwart für Willy Brandts innere Neuerungen freute sich zu früh.

Denn der erste Gesundheitsbericht, den die Bundesregierung dem Parlament letzte Woche zuleitete, macht weit höhere Ausgaben für Vorsorge-Untersuchungen, Krankenhaus-Bau und Umweltschutz nötig, als das Kabinett bislang zu bewilligen bereit war.

Gesundheitsminister Käte Strobel meinte am vergangenen Mittwoch vorsichtig: „Dieser Bericht ist eine Darstellung dessen, was ist, was sein sollte und was noch getan werden muß.“ Zahlen verschwieg die Reformerin. Ihr Fazit: „Es geschieht viel, aber es geschieht noch nicht genug.“

Was noch passieren muß, ist in einem Reform-Katalog festgehalten. Danach will Käte Strobel beispielsweise

- ▷ den Krankenkassen künftig nicht nur Vorsorge-Untersuchungen auf Krebs und Kinderkrankheiten auftragen, sondern möglichst auch auf Diabetes, Kreislauferkrankungen, Rheuma und grünen Star;
- ▷ den Gesundheitsschutz durch Sofort-Programme für Umwelt, Reform des Lebensmittelrechts, Novellierung des Arzneimittel-Gesetzes und Maßnahmen gegen Drogenmißbrauch verbessern.

Auf Schätzung der Kosten, die das Reformprogramm erfordern würde, hat das Gesundheitsministerium verzichtet. Käte Strobel mag darauf vertrauen, daß zumindest in der Anlaufzeit ihrer Programme in den nächsten vier Jahren — dem Zeitraum der mit-



Gesundheitsminister Käte Strobel  
Ohne Geld in die Versuchung

tefristigen Finanzplanung — das Reform-Geld noch reichen wird. Doch schon bei ihrem dringenden Vorhaben, der Neuregelung der Krankenhaus-Finanzierung, mit der Käte Strobel den Bau besserer Hospitäler voranzutreiben hoffte, droht sie wegen Geldmangel steckenzubleiben.

Beim Finanzminister hatte sie nur relativ geringe Mittel (1971: 300 Millionen, 1972: 600 Millionen Mark) für die Krankenhaus-Finanzierung loslösen können. Deshalb bot sie den Ländern und Gemeinden keine Investitionszuschüsse an, sondern nur die Übernahme von Zins- und Tilgungsdienst für Darlehen, die sich die ohnehin finanzschwachen Landesväter und Stadtkämmerer borgen sollten. Auch beim Bettenpreis machte Käte Strobel mutige Annahmen: Für ihre Kredithilfe veranschlagte sie die Kosten eines Krankenhausbettes auf 73 000 Mark.

Die Länderminister dagegen rechneten ihrer Kollegin aus Bonn vor, daß ein Krankenhausbett heute mindestens 100 000 Mark koste. Daran müsse sich der Bund mit einem Drittel beteiligen, und zwar nicht mit Darlehns-Hilfen, sondern mit Investitions-Zuschüssen. Am Donnerstag letzter Woche lehnte das Kabinett das Verlangen der Länder ab.

Um Geld sorgte sich die Nürnberger Hausfrau Käte Strobel auch in anderen Teilen ihres Berichts wenig. So klammerte sie die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen bei ihren Plänen einfach aus. Von dieser Bürde befreit, machte sie sich an die Vorausschau. Beispielsweise würden in 30 Jahren, so Käte Strobels Vision, die Männer die Pille nehmen; „Fischfarmen im Meer und Alpengärten“ würden für eine gesunde Ernährung sorgen. Organ-Transplantationen „werden, ebenso wie leistungsfähige, bioelektrisch gesteuerte Gliedmaßen“, zum medizinischen Standard gehören.

Käte Strobel: „Wir konnten der Versuchung nicht widerstehen, ein solches Kapitel zu bringen.“



Britische Truppen in Deutschland  
Um die Ecke in den Topf